

Kraftprobe zwischen Paris und Ankara

Frankreichs Nationalversammlung unterstützt einen Gesetzesantrag, der die Leugnung des Völkermords an den Armeniern in der Türkei von 1915 unter Strafe stellt

Die Frage der Anerkennung des Völkermords an den Armeniern, der 1915 in der Türkei verübt worden ist, gibt nun Anlass zu einer spektakulären Kraftprobe zwischen Paris und Ankara. In der französischen Nationalversammlung wurde am Donnerstag ein Gesetzesantrag verabschiedet, der für die „Leugnung eines Völkermords“ bis zu ein Jahr Haft und eine Geldstrafe von 45.000 Euro vorsieht. Das Gesetz muss aber noch vom französischen Oberhaus ratifiziert werden, was möglicherweise noch über ein halbes Jahr dauern könnte.

Bisher gab es schon in Frankreich ein entsprechendes Gesetz, das sich aber auf die Leugnung des Massenmords an den Juden unter dem NS-Regime bezog. Die nunmehrige Initiative betrifft auch auf den Genozid an den Armeniern, der als solches bereits von Frankreich (wie von weiteren EU-Staaten darunter Deutschland und Italien) anerkannt wurde.

Antragstellerin war eine Abgeordnete der bürgerlichen Regierungspartei UMP von Präsident Nicolas Sarkozy. Dieser hatte kürzlich auf Besuch in Eriwan, der Hauptstadt Armeniens, vor dem Denkmal für die 1,5 Millionen Opfer des Genozids, eine entsprechende Gesetzesinitiative in Aussicht gestellt und die Türkei aufgefordert, „ihrer Geschichte ins Auge zu sehen“.

Die gesamte Linksoption unterstützte diesen Gesetzesantrag, nachdem sie seinerzeit schon für die Anerkennung des Genozids an den Armeniern vorgeprescht war, ortete allerdings bei Sarkozy ein „Wahlkampfmanöver“. Tatsächlich hat der bürgerliche Staatschef, der um seine Wiederwahl im kommenden Mai bangen muss, ein Auge auf die schätzungsweise halbe Million armenisch stämmiger Franzosen – die größte armenische Gemeinschaft Europas.

Allerdings gibt es in Sarkozys eigenem Lager heftigen Widerstand, allen voran von Seiten des Außenministers, Alain Juppé. Dieser hatte sich in der Vorwoche auf völlig ungewohnt Weise Sarkozy widersetzt. Knapp vor einer Ministerratssitzung hatte Juppé erklärt: „Diese Gesetzesinitiative ist intellektuell, ökonomisch und diplomatisch eine Dummheit sondergleichen“. Während der Ministerratssitzung hatte Juppé wiederum aufgemuckt: „Wir dürfen nicht vergessen, dass die Türken gerade 100 Airbus-Flugzeuge bestellt haben, und dass es 1000 französische Unternehmen in der Türkei gibt. Ich habe

jedenfalls vor den schlimmen Konsequenzen gewarnt“. Eine ähnliche Warnung kam auch von Seiten des französischen Unternehmerverbands.

Tatsächlich drohen in der Türkei fast alle politischen Kräfte mit Gegenmaßnahmen und einem Wirtschaftsboykott gegen Frankreich. Premier Raci Erdogan warnte vor „nicht wieder gut zu machenden Konsequenzen“ und empfahl den Franzosen, in Hinblick auf die Frankreichs Kolonialgeschichte: „Diejenigen, die einen Genozid untersuchen wollen, würden besser daran tun, ihre eigene, schmutzige und blutige Geschichte zu studieren“.

Neben den wirtschaftlichen Interessen stehen auch für Frankreich strategische Optionen im Nahen Osten auf dem Spiel, für die Außenminister Alain Juppé eintritt: Paris schien sich zuletzt, inoffiziell, mit Ankara darauf geeinigt zu haben, französische Sonderkommandos in die Türkei zu entsenden, um an der Grenze zu Syrien aufständischen syrischen Militärs gegen das Assad-Regime als Ausbilder beizustehen.

Darüber hinaus wird auch von französischen Historikern ein derartiger Eingriff des Gesetzgebers in die Aufarbeitung der Geschichte kritisiert. Unter den Intellektuellen in der Türkei, die im Internet eine Petition initiiert haben, um die Armenier namens der Türkei um „Vergebung zu bitten“ (bisher gab mehr als 30.000 Unterzeichner), warnen einige vor einer neuerlichen Verhärtung der Fronten als Folge des Gesetzesvorstoß von Sarkozy. Sie verweisen aber gleichzeitig auch darauf, dass, umgekehrt, in der Türkei ein Gesetz die bloße Erwähnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellt.

DANNY LEDER, PARIS